

# Der Friedensprozess im Nahen Osten und die Parteitaktik : wovor hat die SP Angst?

Autor(en): **Weil, Jochi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340493>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mittel verfügt, zeigt das Schicksal der Armenier. 1915 wurden in der Türkei eineinhalb Millionen Angehörige dieses Volkes bestialisch ermordet. Es kann also nur um zwei Staaten gehen, weder um ein Gross-Israel, noch um ein Gross-Palästina.

### Der Beitrag der Linken

Ich bin mir wohl bewusst, dass es Menschen gibt, die sich zur Linken zählen und die ohne weiteres den Untergang der 3½ Millionen Juden hinnehmen würden, in der Erwägung, dass dann das Problem gelöst, Palästina ein rein arabisches Land wäre und der amerikanische Imperialismus einen Stützpunkt weniger besäße. Diese Vorstellungen sind illusorisch. Die von Syrien betriebene Spaltung der PLO zeigt, dass dieser Staat Palästina als Süd-Syrien zu vereinnahmen gewillt ist, ebenso wie Jordanien es als West-Jordanien ansieht. Das heisst, die Existenz Palästinas wäre nach Auslöschung Israels nicht weniger problematisch als heute. Denn dass islamische Staaten auch ohne Druck der Imperialisten und Supermächte, wenn auch mit ihrer Hilfe, sich erbarungslos bekämpfen, zeigt der Krieg zwischen Irak und Iran, in dem schon weit über 100 000 Menschen gefallen sind, ohne dass es um vitale Interessen einer der beiden Staaten ginge.

Der einem Verständigungsfrieden zugeneigte Teil der jüdischen Bevölkerung in Israel ist eine Minderheit von etwa 20%, der in der PLO einer solchen Verständigung zugeneigte Teil schweigt, denn wer sich in diesem Sinne vernehmen liess, wurde bisher ermordet, so Issam Sartawi am Kongress der sozialistischen Internationale in Portugal. Dennoch gilt es diese

Kräfte auf beiden Seiten zu ermutigen. Darin sehe ich den Beitrag der Linken zum nahöstlichen Problem.

### *Anmerkungen*

(1) Das Verhältnis Arbeiterbewegung/Juden ist hier nur ganz rudimentär und summarisch dargestellt. Zweifellos gab es im 19. Jahrhundert auch einzelne jüdenfeindliche Personen und Strömungen in der Arbeiterbewegung. Edmund Silberner (Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1960) hat mit wissenschaftlicher Exaktheit solche antijüdischen Bemerkungen, Schriften und Handlungen registriert. Seine Feststellungen sind nicht zu vernachlässigen. Aber sie sind nach ihrem politischen Gewicht einzuschätzen. Nachdem Silberner zahlreiche antijüdische Äusserungen in der französischen

Arbeiterbewegung sorgfältig zusammengetragen hat, muss er doch selber sagen: «Selbst während des sozialistischen Flirts mit dem Antisemitismus gab es grosse Sozialisten, die sich dieser Bewegung entgegenstellten, da sie sie mit dem Sozialismus unvereinbar fanden. Zu den bedeutendsten unter ihnen gehörten Guesde, Lafargue und Jaurès» (a.a.O. S. 95f.). Diese drei aber waren gerade die führenden Köpfe der französischen sozialistischen Bewegung vor 1914. Wo aus den Reihen der Arbeiterbewegung ernsthafte Antisemiten hervorgingen, wie zur Zeit der Besetzung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg mit Déat (früherer Sozialist) und Doriot (früherer Kommunist), hatten diese mit ihrer politischen Vergangenheit gebrochen und waren offen zum Faschismus übergegangen.

(2) Vielleicht schafft «Glasnost» hier einen Wandel.

### *Der Friedensprozess im Nahen Osten und die Parteitaktik*

## Wovor hat die SP Angst?

*Von Jochi Weil*

Die Situation im Nahen Osten ist von einem Frieden bekanntlich noch weit entfernt. Nur ein langwieriger, ernsthafter Friedensprozess kann auf die Dauer von Gewalt und Gegengewalt weg, hin zu einer gerechten Lösung führen, welche den Bewohnern der Region ein Leben in Würde ermöglicht. Um einen solchen Prozess Wirklichkeit werden zu lassen, erscheint es mir notwendig, alle politischen und humanitären Kräfte zu mobilisieren, die einen konstruktiven Beitrag daran zu leisten gewillt sind. Von der Sozialdemokratischen Partei könnte ein solcher erbracht werden.

Im folgenden soll anhand von zwei konkreten Beispielen die Behauptung aufgestellt werden, dass innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz Kräfte vorhanden sind, die den Friedensprozess im Nahen Osten – z.B. aus parteitaktischen Gründen – nicht in dem Masse mitfördern, wie dies auf-

grund der politischen Ausrichtung der SP möglich wäre. Bei den beiden Beispielen handelt es sich um die Nichtunterzeichnung des offenen Briefes an den Bundesrat im Zusammenhang mit dem Besuch des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog vom 2. April 1987 durch die Sozialdemokratische Partei sowie um die nicht offizielle Einladung der Vereinigung Kritischer Juden der Schweiz (KJS) zu der verdienstvollen Tagung «Dialog Juden und Sozialismus» vom 29. März 1987, welche von der Sozialdemokratischen Partei Zürich 2 organisiert worden war.

### *Zum offenen Brief an den Bundesrat*

Im März 1987 weilte ein Vertreter der israelischen Friedensbewegung, er ist Mitglied der sozialistischen Partei, Mapam, für kurze Zeit in der Schweiz. Ich kenne diesen Mann schon

seit vielen Jahren und fragte ihn, was man in Anbetracht der Situation im Nahen Osten von der Schweiz aus unternehmen könne. Nach seiner Meinung sei es heute wichtig, dass auf eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter den Auspizien der UNO, an welcher alle am Konflikt beteiligten Kräfte teilnehmen können, hingearbeitet werde. Zur gleichen Zeit fand ein längeres Gespräch zwischen einem Israeli, einem Vertreter der PLO, einem jüdischen Kollegen und mir statt, welches mir hautnah die elende Situation im Nahen Osten vor Augen führte.

Aufgrund der beiden Gespräche nahm ich Kontakt mit Rosmarie Kurz-Hohl vom Christlichen Friedensdienst (cfd), Bern, auf und brachte ihr gegenüber zum Ausdruck, dass etwas im Hinblick auf einen Friedensprozess unternommen werden sollte. Die Idee des offenen Briefes an den Bundesrat im Zusammenhange mit dem Besuch des israelischen Staatspräsidenten Herzog wurde von ihr aufgebracht. Bei den möglichen Mitunterzeichnern dachte sie u.a. an die Sozialdemokratische Partei und liess dem Sekretariat der SPS den Entwurf unseres Schreibens zukommen. Dasselbe habe ich bei der Sozialdemokratischen Partei des Kantons und der Stadt Zürich unternommen.

Um es gleich vorwegzunehmen: Keine dieser Instanzen hat den Brief mitunterzeichnet. Die Wirkung des von 23 Organisationen unterzeichneten Briefes, darunter Hilfswerke und Teile der Friedensbewegung, hätte grösser sein können, wenn dieser von der SP mitunterschrieben worden wäre. Immerhin ist der Brief in etwa 20 Zeitungen und weiteren Medien mehr oder weniger ausführlich erwähnt worden.

Kurz zu den Entscheidungen der drei SP-Adressaten: Am

schnellsten traf die Antwort seitens des Sekretariats der SP des Kantons Zürich ein. Eine Mitunterzeichnung durch die SP Kanton Zürich sei deshalb abgelehnt worden, weil man sich bezüglich des Nahen Ostens nicht wieder «zwischen Stühle und Bänke» setzen wolle. Damit ist vermutlich das problematische Verhältnis zu jüdischen Genossinnen und Genossen innerhalb der SP bezüglich der Themenkreise Naher Osten und Antisemitismus angesprochen. «Man» sei jedoch intern gegenüber der Forderung nach einer Friedenskonferenz sympathisch eingestellt. Wahrscheinlich wurde (auch) Kritik befürchtet, weil im Brief die PLO als legitime Vertretung der Palästinenser auch für die Teilnahme an Friedensverhandlungen vorgesehen ist.

Bei der SP Stadt Zürich hatte es zunächst so ausgesehen, als ob der Brief von ihr mitunterzeichnet würde. Da jedoch der Entscheid einer führenden jüdischen Genossin bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht vorgelegen war, hatte der Präsident der Stadtpartei den Stichentscheid gefällt: Der Brief wurde deshalb von der SP Zürich nicht unterzeichnet. Die Sekretärin der Stadtpartei liess mich wissen, dass sie noch nie in einem Entscheidungsprozess einer so merkwürdigen und unklaren Situation begegnet sei.

Bei der SPS wurden vor allem taktische Gründe für die Nichtunterzeichnung ins Feld geführt. Da der israelische Staatspräsident Herzog der Arbeitspartei und diese wiederum der Sozialistischen Internationale, wie auch die SPS, angehöre, wolle man den hohen Gast nicht vor den Kopf stossen. Helmut Hubacher meinte zudem mir gegenüber am Telefon, dass es schwer verständlich sei, wenn man in der NZZ lesen würde, die SPS habe den Brief

mitunterzeichnet. Von bürgerlicher Seite würde dann die Frage gestellt werden, ob die SPS nicht (mehr) in der Lage sei, direkte Gespräche mit ihrem Außenminister zu führen.

Die hier verkürzten Ausführungen bezüglich der Entscheide, welche zur Nichtunterzeichnung des offenen Briefes geführt haben, bringen mich zur Vermutung, dass zusammengefasst folgende Gründe eine Rolle gespielt haben können:

- Angst innerhalb der SP von nichtjüdischen Genossinnen und Genossen gegenüber jüdischen Genossinnen und Genossen, wieder einmal ein heikles Thema aufzugreifen, weil man dann u.a. mit dem Vorwurf des Antisemitismus rechnen muss, und

- parteitaktische Gründe (Verhältnis SPS - Sozialistische Internationale (Verhältnis SPS - Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten)).

Als Jude bin ich der Meinung, dass es wichtig ist, die beiden Ebenen, die des Nahen Ostens und die des Antisemitismus möglichst weitgehend voneinander zu trennen. Ich weiss, dass dies in der Praxis schwierig ist, und dass der gute Wille zu einem versachlichten Dialog hüben und drüben nicht selten missbraucht wird. Obwohl der Antisemitismus immer noch existent ist, darf diese Tatsache nicht dazu führen, sich der Notwendigkeit eines gerechten Friedens im Nahen Osten zu verschliessen. Es muss alles dafür unternommen werden, die kriegerische Situation zu beenden und das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung zu anerkennen sowie in die Praxis umzusetzen. Die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates, z.B. neben Israel (in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967) könnte ein Resultat einer internationalen Friedenskonferenz werden.

## Zur Tagung «Dialog Juden und Sozialismus»

Von einem der Mitorganisatoren dieser Tagung, welche von der SP Zürich, Kreis 2, vorbereitet und gestaltet wurde, erhielt ich frühzeitig die telefonische Anfrage, ob ich bereit sei, als Mitglied der Vereinigung Kritischer Juden der Schweiz (KJS) an der Veranstaltung vom 29. März 1987 einiges über deren Ziele und Tätigkeiten zu erzählen. Ich bin Mitglied dieser Vereinigung, weil sich diese u.a. für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten einsetzt; dies auf dem Boden der Solidarität mit dem Judentum und mit Israel. Dabei geht es einerseits um das Existenzrecht Israels innerhalb gesicherter Grenzen, andererseits um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. In bescheidenem Umfang werden von Mitgliedern der KJS seit Jahren Kontakte mit Palästinensern, zum Teil mit Vertretern der PLO gepflegt.

Aus gesundheitlichen Gründen fühlte ich mich damals nicht in der Lage, diese Informationsaufgabe zu übernehmen. Ich vermittelte dem Genossen, der mich angefragt hatte, jedoch die Adresse eines Vorstandsmitgliedes der KJS, in der Meinung, jemand anderer würde die mir zgedachte Arbeit übernehmen.

Während längerer Zeit hörte ich in dieser Angelegenheit nichts mehr und nahm an, die Sache entwickle sich, wie besprochen. Ich staunte deshalb nicht schlecht, als ich vor der Tagung erfuhr, die Vereinigung Kritischer Juden der Schweiz würde offiziell nicht zur Tagung eingeladen, da dies im Vorbereitungskomitee, dem auch jüdische Genossen angehörten, zum Teil nicht gewünscht werde.

Die KJS hatten nämlich zu jener Zeit im Zusammenhange

mit den Hungerblockaden gegenüber Palästinenserlagern zwei Aufrufe mitunterzeichnet, worin sie gegen diese Blockaden, für welche Israel nicht verantwortlich ist, protestierten. In der Folge wurde eine Demonstration gegen die Unterdrückung der Palästinenser allgemein organisiert, welche von Mitgliedern der KJS mitgetragen und von dieser Vereinigung mitunterstützt worden war. Das löste im Israelitischen Wochenblatt einen Entrüstungssturm aus.

Mit dieser Option des gespannten Verhältnisses zwischen dem jüdischen Establishment und der Vereinigung Kritischer Juden der Schweiz wollte man nun die Vorbereitung der Tagung «Dialog Juden und Sozialismus» nicht gefährden, weshalb die Vereinigung schliess-

lich offiziell nicht eingeladen wurde. Man bot uns jedoch an, als Tagungsteilnehmer anwesend zu sein.

Ich habe von dieser Möglichkeit – zusammen mit anderen Mitgliedern der KJS – Gebrauch gemacht und nahm an der Tagung teil. In kurzfristiger Absprache mit den Organisatoren erhielt ich dort Gelegenheit, im Anschluss an die offiziell eingeladenen Gäste die Vereinigung Kritischer Juden der Schweiz aus meiner persönlichen Sicht kurz vorzustellen. Für diese Möglichkeit war ich dankbar, konnte ich in dieser Weise als offiziöser Gast spontan etwas über unsere Schwerpunkte (Antisemitismus und Palästinenser) zum Ausdruck bringen. Dies auch deshalb, weil ich schon mehrmals die Erfahrung machte, dass in direkter oder ver-

Offener Brief an den  
Schweizerischen Bundesrat  
Bundeshaus  
3003 Bern 3

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
sehr geehrte Bundesräte

Am 2. April 1987 ist der israelische Staatspräsident, Chaim Herzog Ihr Gast. Seit langem herrscht im Nahen Osten eine unerträgliche und gefährliche Lage. Vor kurzem wurde diese wieder aktualisiert durch die Hungerblockaden gegenüber Palästinenserlagern im Libanon. Andererseits werden in den nunmehr seit beinahe 20 Jahren von Israel besetzten Gebieten die Menschenrechte fortgesetzt verletzt.

Angesichts dieser Situation bitten wir, die unterzeichnenden Hilfswerke und Organisationen, Sie dringend, Ihren politischen Einfluss

geltend zu machen, damit in absehbarer Zeit eine internationale Nahostfriedenskonferenz unter dem Patronat der Vereinten Nationen verwirklicht werden kann.

An einer solchen Konferenz sollen alle am Konflikt Beteiligten – auch die Palästinenser unter ihrer legitimen Vertretung, der PLO – teilnehmen können.

Wir gehen davon aus, dass der Bundesrat die Rechte sowohl des israelischen als auch des palästinensischen Volkes gewahrt sehen möchte. Die Gespräche im Departement für auswärtige Angelegenheiten, welche in letzter Zeit mit Vertretern einzelner Konfliktparteien geführt worden sind, verstehen wir als Schritte in diese Richtung.

Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen und grüssen Sie freundlich

Unterzeichnet von  
23 Organisationen

schlüsselter Form unsere Friedensbemühungen abgelehnt werden, was mich immer wieder schmerzt. Besonders dann, wenn ich den Eindruck habe, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung verhindert wird, indem Kritiken nicht konstruktiv geäußert werden, sondern der Ablenkung und der Zermürbung dienen, und das Ziel dieser Strategie letztlich darin besteht, alles beim Status quo zu belassen.

Das Beispiel im Zusammenhang mit der Tagung «Dialog Juden und Sozialismus» zeigt

wie dasjenige der Nichtunterzeichnung des offenen Briefes an den Bundesrat für mich, dass man innerhalb der SP unter einem Trauma steht, sobald es darum geht, jüdische Genosseninnen und Genossen dieser Partei kritisch mit Positionen der Politik Israels und dessen Verhalten den Palästinensern gegenüber zu konfrontieren. Man fürchtet u.a., sofort des Antisemitismus bezichtigt zu werden.

Ich komme nun zum Titel meiner Ausführungen zurück. Ich habe dort die provokative Fra-

ge gestellt: Hat die SP Angst, am Friedensprozess im Nahen Osten mitzuwirken?

Für mich zeigt sich aufgrund meiner Erfahrungen im Zusammenhang mit diesen beiden Beispielen, dass sich die (selbst)zensurierende, lavierende und taktierende Haltung vermutlich und leider nachteilig auf einen Beitrag der Sozialdemokratischen Partei für den so dringend notwendigen Friedensprozess in der besagten Region auswirkt.

*Der Turmhahn und andere Liebesgeschichten*

## Zurück zu einem dehnbaren Begriff

*Alain Claude Sulzer über Adolf Muschgs neues Buch*

Die Liebe an sich, falls es so etwas wie die Liebe an sich gibt, bleibt altersungebunden, von ihr beflügelt werden können Junge wie Alte. Doch Liebesgeschichten, beobachtete und erzählte Liebe also, sind meist an das Lebensalter ihrer Erzähler gebunden; sie sprechen auch von ihm, dem Autor, einem Jüngeren oder Älteren. So ist es selbstverständlich, dass die Liebesgeschichten eines jungen Schriftstellers, sofern er einer Erzählung überhaupt diesen Namen geben würde, eher von jüngeren Liebenden handelt und die, die ein – sagen wir – dreiundfünfzigjähriger Schriftsteller schreibt, eher von älteren Liebenden. Daran ist gewiss nichts Ungewöhnliches.

Ungewöhnlich ist allein die Tatsache, dass einer mit dreiundfünfzig noch immer oder seltsamerweise wieder zu einem eher abgegriffenen, vor allem aber dehnbaren Begriff zurückfindet, unter den sich so vieles bringen lässt: zum Begriff «Liebesgeschichte», der den Leser

noch vor Beginn der Lektüre bereits in eine ganz bestimmte, ja begrenzte Erwartungshaltung versetzt. Ich nehme an, Adolf Muschg hat den Begriff in seiner neuen Sammlung von Liebesgeschichten gerade deshalb benutzt. Der Begriff erweist sich nie als unzutreffend oder gar falsch, vielmehr als fast unbegrenzt verwendbar, solange es um eine engere Beziehung zwischen zwei Menschen geht.

Man wird mit jeder Erzählung zuerst nach der in ihr enthaltenen, womöglich noch so versteckten Liebesgeschichte Ausschau halten. Sie ist nicht immer auf Anheb zu erkennen, oft genug auch im Nebel der Vergangenheit verschwommen. Aber es gibt sie jedesmal, die Liebe an sich oder die Sehnsucht nach ihr, in jeder der fünf Geschichten; auch wenn sie manchmal nicht mehr als flüchtig oder vorbei ist oder der Versuch, Sehnsucht in eine handfeste Geschichte zu verwandeln, ihr also Konturen zu verleihen,

die sie in Wirklichkeit nicht besitzt.

Es wird also in *Der Turmhahn und andere Liebesgeschichten*, so der Titel von Adolf Muschgs nach fünfzehn Jahren zweitem Band mit Geschichten dieser Art, von Liebe erzählt und von denen, die sie suchen; wer sie sucht, wird sie finden, oft nur als Verlust oder als verschönernte Erinnerung. Anders als in herkömmlichen Liebesgeschichten, in denen zwei sich finden, um aufgrund des Erkennens etwas Neues, Zweisames aufzubauen, hat die Liebe in diesen Geschichten oft gänzlich aufgehört, Motor zu sein. Die Liebe, von der Muschg erzählt – sei es das kurze Abenteuer eines Schriftstellers auf Lese-Tour oder die lange Erfahrung eines Sohnes mit seiner Mutter, die nun im Sterben liegt – ist fast immer schon an den Rand der Existenz der Einzelnen gerückt, gedrängt; wer auch hätte wirklich Zeit genug gehabt, sie zu pflegen, sie immer neu und womöglich mit im-